

**PRESSEMITTEILUNG**  
**ULI SCKERL MdL**  
**2020-09-01**

**Land legt Hilfspaket für gemeinnützige Vereine auf**

Durch die Corona-Pandemie fallen für viele Vereine und Organisationen in diesem Jahr Feste, Veranstaltungen und Kurse aus. Finanzielle Engpässe sind vielerorts die Folge. Die Landesregierung unterstützt durch das Sozialministerium deshalb mit einem Hilfspaket Vereine und Organisationen auf dem sozialen Sektor. Darüber berichtet der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl. Es sei eine einmalige Förderung von bis zu 12.000 Euro pro Verein möglich. Diese müsse nicht zurückbezahlt werden. „Die Mittel sollen zur Deckung unabweisbarer Kosten angesichts Corona-bedingt entgangener Einnahmen (Eintrittsgelder, Einnahmen aus Veranstaltungen, teils auch Mitgliedsbeiträge etc.) und zur Deckung zusätzlicher Kosten für durch die Pandemie bedingte Schutzmaßnahmen dienen. Die Fördermittel können ab sofort beantragt werden“, so Uli Sckerl.

„Mit der Unterstützung durch das Land wollen wir gemeinnützigen Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen helfen, ihre wertvolle Arbeit trotz der Corona-Krise fortzuführen“, betonte Sckerl weiter. Bürgerschaftliches Engagement sei in diesen Zeiten wichtiger denn je. Die Corona-Pandemie habe an vielen Orten gezeigt, was es bedeutet, füreinander da zu sein und sich einzubringen. Deshalb müsse alles darangesetzt werden, dass Vereine und Organisationen auf breiter Front durch die Krise zahlungsunfähig werden.

**Online-Anträge beim Regierungspräsidium Tübingen ab sofort möglich**

Die Fördermittel können bis spätestens 31. Oktober 2020 über das [Service-Portal Baden-Württemberg](#) beim zuständigen Regierungspräsidium Tübingen beantragt werden. Bei der Antragstellung der Fördermittel muss zunächst ein Servicekonto angelegt werden. Sowohl die Voraussetzungen als auch das Verfahren werden bei der Antragstellung im Einzelnen erläutert.

Antragsberechtigt sind Vereine und Organisationen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Soziales und Integration, die durch die Corona-Pandemie unverschuldet in Not geraten sind.

Dazu zählen beispielsweise Nachbarschaftshilfen, Offene Hilfen, Tafelvereine, Selbsthilfevereine, Betreuungsvereine, Mehrgenerationenhäuser, Vereine und freie Träger in der Kinder- und Jugendarbeit, Familien- und Mütterzentren sowie Migrantenvereine und -organisationen. Auch Vereine und Organisationen im Bereich der Demokratieförderung, Frauen- und Kinderschutzhäuser, gemeinnützige Träger der Schwangerschaftsberatung, Vereine im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen sowie solche im Bereich der Wohnungslosenhilfe können einen Förderantrag stellen. Die antragstellenden Vereine und Organisationen müssen ihren Sitz in Baden-Württemberg haben und gemäß § 52 Absatz 1 Abgabenordnung als gemeinnützig anerkannt sein.